

Deutsche Bücher- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäckern, Konditoren, Konditoreien, Händler u. Arbeitnehmer in den Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabriken

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnem. pro Jahr 110.-

Erhältlich jeden Donnerstag.

Reaktionsschrift Montag morgen 10 Uhr.

Abo 100,- pro dreieinhalb Jahre. Postzelle 50 Pf., für die Zahlstellen 30 Pf.

Reaktionäre Unternehmer.

Diese Unternehmer wollen sich immer noch nicht in die neue Zeit schließen. Dass am Stelle des nächsten Unternehmensabschlusses im Arbeitsprozess die Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen — wenigstens bei der Befriedigung der Arbeitseingaben — treten soll, ist ihnen unverständlich. Sie wollen daher die wenigsten für den Bereich des Arbeitsaufgabes verbesserten Bestände durch Wiederholung der alten, überlebten Einrichtungen erhalten. Das im politischen Leben jetzt sich am allgemeinen Anerkennung durchsetzt, ist ihnen für das wirtschaftliche Leben ein Buch mit sieben Siegeln.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat an ihre Mitglieder zwei Rundschreiben gerichtet, deren Inhalt wie ein Fahrzeichen aus alter Zeit in die neue Zeit hineinragt. Das eine Schreiben (Nr. 27 M) betrifft das Verhalten gegenüber den Londoner Erträgen der Arbeiter und lautet:

Wie bekannt wird, stellen die Arbeitnehmer, namentlich der Süßigkeitenindustrie, vielfach außerordentlich hohe Anstrengungen unbedeutende Lohnforderungen; zum Teil werden diese Forderungen gestellt auf tollkühnem Wege durch die Arbeiterausschüsse nach dem Fassadentypus. Häufig soll es vorkommen sein, dass berufliche geschickte Lohnforderungen, auch die Forderung von Mindestlöhnen, die Unterbindung staatlicher Stellen gefunden haben.

Die Arbeitgeber sind begreiflicherweise im vaterländischen Interesse zur Vermeidung der untreue Verteidigungs- und Nachwährenden Unterbrechung der Arbeit meist bereit, den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Bei aller Anerkennung dieses Standpunktes ist es jedoch unabdinglich, darauf hinzuweisen, dass bei Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Arbeitern ebenso wie mit Behörden gesetzliche Bindungen ausdrücklich abgelehnt werden sollen. Es muss zweifelsfrei festgestellt werden, dass unter dem Drange der Kriegsnötigkeiten abgerungenen Zusagen keine vorübergehende Geltung haben, und dass man nicht gewillt ist, sich in irgendeiner Beziehung für die kommende Zeit festlegen zu lassen. Alle Vereinbarungen sollen nur für vorübergehende Zeit oder für die Zeit des Krieges geschlossen werden. Das trifft namentlich zu für die Forderung von Mindestlöhnen, die die Arbeitgeber unter dem Drange der Verhältnisse hier und da vielleicht angefochten müssen. Mit aller Entschiedenheit werden sich jedoch die Arbeitgeber gegen das Mitreden der Arbeiter oder Arbeiterversammler bei der Festlegung der Warenverkaufspreise wenden.

Gleichzeitig ergänzt ist es, wenn Arbeiterausschüsse Befreiungserlaubnisse fordern und nach Ablehnung dieser Forderung den Sicherungsausschuss nach § 9 Absatz 2 follettio wegen Erteilung des Abtriebscheinnes anrufen. Der Abtriebschein kann follettio nicht verlängert werden, er kann vielmehr nur von dem einzelnen Arbeiter oder doch nur mit ausdrücklicher Vollmacht jedes einzelnen Arbeiters eingefordert werden.

Gleichzeitig ging folgendes Rundschreiben (Nr. 26 M) über Verhandlungen mit Angestelltenverbänden heraus:

Nach § 11 Absatz 3 des Haftpflichtgesetzes müssen in allen Haftpflichtbetrieben, für die Tabel VII der Gewerbeordnung gilt, und die mehr als 50 (also mindestens 51) nach dem Sicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen, besondere Angestelltenausschüsse mit den gleichen Bezugspfissen und nach gleichen Grundsätzen wie die Arbeiterausschüsse errichtet werden. Da die Angestellten dadurch eine hinreichende Vertretung im Betriebe besitzen, wäre es unangebracht, wenn die Arbeitgeber sich etwa noch auf unmittelbare Verhandlungen mit den Angestelltenverbänden oder deren Beauftragten einzulassen wüssten. Gegenüber stehen in letzter Zeit hervertretenden Beurteilungen

der Angestelltenverbände ist daraus hinzunehmen, dass Verhandlungen über Betriebsvereinbarungen grundsätzlich als innere Angelegenheiten der Betriebe und deshalb nur zwischen deren Beauftragten und den Betriebsangehörigen unmittelbar, beziehungsweise mit dem Angestelltenausschuss geführt werden können. Nur in Angelegenheiten allgemeiner Art, die über das Interesse eines einzelnen Betriebes hinausgehen und einen größeren Kreis von Arbeitgebern betreffen, wäre es angebracht, wenn nach Betriebs Beauftragte des Arbeitgeberverbandes mit Beauftragten des Angestelltenverbands verhandeln würden.

Der „Vorwärts“, der diese beiden Standpunkte wiederholt, sagt dazu: Sie rufen durchaus den alten Geist des „Herr-im-Hause“-Standpunktes. Sobe Neuerung ist den Herren im Arbeitgeberverbande verhasst und nicht minder das verdammte „Haftpflichtgesetz“, wie sich neulich Reichsrat Duisburg auf einer Tagung in Görlitz ausdrückte. Wenn ihr Standpunkt, dass alle jetzt erreichbaren Lohnverbesserungen in keiner Weise als für die kommende Zeit festlegend zu erachten sind, allgemeine Aufsicht der Unternehmer werden sollte, so wird uns die Zeit nach dem Kriege vor letzten großen wirtschaftlichen Kämpfen stellen. Ein Grund mehr für Arbeiter und Angestellte, ihren Betriebsorganisationen treu zu bleiben, um gegen diesen Sturmmarsch der Unternehmer gerüstet zu sein.

Seidet Seidet an die Front!

Rächtahende Stimmen aus dem Felde gehen uns mit einer Einleitung durch die Zahlstelle Frankfurt a. M. zu:

Von Seiten des Hauptvorstandes erging des öfteren der Ruf an die Zahlstellen: „Seidet! Referatmaterial bringt in das Felde!“ Wer schon draußen an den Fronten kämpft, weiß es aus eigener Erfahrung, dass man mit Sehnsucht die neuzeitliche Fachzeitung erwartete. Unsere Kollegen im Felde wollen auch draußen, fern von der Heimat weilend, ihr Wissen bereichern und die geistigen Waffen stärken.

Die Zahlstelle Frankfurt a. M. sorgt neben der Fachzeitung auch unsererseits als wichtig amerikanisches Fahrbuch hinzu in die Bäderreisen. Hier sind die Kollegen in Massen beisammen und ein Jahrbuch kann von Kollegen zu Kollegen ausgetauscht werden, um den Inhalt kennen zu lernen.

Hören wir nun zwei Stimmen selbst. Erste Stimme: Lieber Kollege Friedel! Heute kommt ich nun dazu, Dir einige Zeilen zulassen zu lassen. Schreiben mit Jahrbuch habe ich mit Freude und Vickem Dank erhalten. Für uns Kollegen ist das Jahrbuch eine gute Unterhaltung und mancher kann sich über die Leistungsfähigkeit unserer Organisation informieren. Es ist zum Beispiel zu entnehmen, wie geschickt unsere Organisation die Nacharbeit in unserm Betriebe bekämpft. Die Gegner des Nacharbeitsverbotes haben sich ja aufs neue mit einer Eingabe an die Regierung gewandt und verlangten die Aufhebung des Nacharbeitsverbotes. Unsere Organisation trat ihr mit Erfolg entgegen. Wie aus dem Bericht des Reichsausschusses ersichtlich ist, wurde diese Angelegenheit bis jetzt zum wesentlichen zu einem Gaukeln entschieden. Hieraus ist zu entnehmen, dass mir eine gesuchte, schlagfertige Organisation imstande ist, jedem Verschlechterungsplan wirkungsvoll entgegentreten zu können. Es ist der Wunsch aller Kollegen hier, ob Meister oder Gehilfen, dass die Nacharbeit nicht wieder zu einem Woxsie in kommt. Deshalb ist es Pflicht aller Kollegen, dabei mit hier im Felde, falls der Organisation zu bleiben, neue Mitglieder aufzuführen und die Beiträge pünktlich zu entrichten; dann sind wir auch instand, die langsam verlöschende Nacharbeit wirkungsvoll zu bekämpfen und nie wieder einzuleben zu lassen.

Zweite Stimme: Etappenhilfsbäderreisekolonne. Zweite Stimme: Habe das Jahrbuch unseres Verbandes erhalten. Es freut mich, dass Du mich nicht vergessen hast, und ich trage auch Sorge, dass unsere Kollegen, welche sehr zahlreich vertreten sind, jeder dieses Buch zu lesen bekommen. Gerade dieses Buch von 1916 enthält viel Wissenswertes aus dem Berufe. Von Bedeutung ist die große Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete. Die politische Lage ist leider nicht wichtig. Dieses alles kostet man zwar auch in der Presse. Ein kleiner Bild kann man sich aber machen, wenn man die Kapitel geschlossen in einem Buch publizieren kann. Die Kollegen sprechen sich alle sehr lobend,

und berufen darüber aus, dass Du, lieber Friedel, uns mit diesem wertvollen Buch bedacht hast.

Alles Kollegen Wünscht dir, dass der Friede bald Eingang finde.

Und innere Freiheit von der Heimat weilenden Kollegen immer laufend von der Fachzeitung unterrichtet, dann wird es uns mit deren Hilfe ein leichtes sein, die Organisation zum Ruhm der Allgemeinheit auszubauen.

Agitationskampf in Sachsen.

Gern habe ich wieder den Auftrag übernommen, eine Tour durch die drei südlichen Bezirke zu unternehmen. Das Land, in dem ich meine Schule und ersten Gesellenjahre verlebte, hat immer wieder einen angenehmen Platz auf mir ausgerichtet.

Wie in früheren Jahren, so hatte ich auch diesmal wieder schöne Erfolge in allen drei Bezirken. Dabei kam ich nach Städten, wie Freiberg, Bautzen, Döbeln, Pirna, Meißen, Leipziger, während ich in der Sachsenzeit fand, was ich nicht nur aus meiner Kindheits- und Jugendzeit kannte und lustige Bilder und Erinnerungen aus der Vergangenheit wecken, während ich Versammlungen dort noch nicht abgehalten hatte. Um so angenehmer war ich über den Geist der Versammlungen und das Verständnis, das meinen Ausführungen und das Verständnis,

Reaktionäre Situationen ergaben sich in den Versammlungen dadurch, dass die Meisterfahrt und die Gruppen der eingezogenen Meister fast überall die Meinheit in den Versammlungen bildeten. Das hat der Krieg, dieser Alles-Umstürzer, gebracht, der im Betrieb sehr reißend mit der Gesellschaft umgegangen ist, während auf der andern Seite Egoismus und Sturzhäuptigkeit die Tagesarbeit bedrohte, wodurch die Arbeitgeber verunsichert wurden, ihre alten Vorurteile gegen die Gewerkschaften aufzugeben. Die Besucherzahlen in den Versammlungen hellte sich wie folgt:

	Besucherzahl	Meisterzahlen	Ge-
Bautzen	17	12	5
Freiberg	31	22	9
Meißen	39	27	12
Leipzig	110	34	76
Döbeln	26	14	12
Dresden	127	33	94
Pirna	17	12	5
Miesa	15	10	5
Witten	46	29	17
Grimmaischau	18	10	8
Zwickau	150	132	18
Chemnitz	500	450	50
Meerane	34	23	11
Summa	1180	808	322

Die feierliche Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen, nur in Meerane stimmte ein Meister ohne jede Abstimmung dagegen; von ihm wurde mitgeteilt, dass man etwas anderes gar nicht erwarten könne, weil er seit das Gegenteil der Majorität ist.

In allen Versammlungen war der Januarzettel, neij durch den Obermeister verlesen. Überall erklärten diese Vertreter der Meister, dass sie mit den Ausführungen des Referenten völlig einer Meinung seien, so dass sich die Versammlungen zu eindrucksvollen und gesunden Sitzungen gegen die Nacharbeit und deren verschärfenden Beschluss vorbereiten. Nach die Sonnabend ruhe stand unter den Bedenken der Meisterschaft begeisterte Anhänger, so dass man nach diesen Versammlungen sagen kann: Ebenso wie der Gedanke der Tagesarbeit heute unter der Meisterschaft einen Siegeszug vollendet hat, so markiert auch der Gedanke der Sonnabendruhe in der Meisterschaft ebenfalls die endgültige Zielentzeggen.

Heute hört man die herzerfrischende Wendung aus Arbeitgehermund: Menschen, glückliche Menschen, in einem freien Berufe wollen wir sein!

Zu einer besonders eindrucksvollen Demonstration gehalten sich die Versammlung in Chemnitz. Hier waren über 500 Meister und Meistersfrauen erschienen, deren Obmann Obermeister Bierner in betonen Werten ausdruckt.

In Dresden sprach auch als Vertreter der Freien Vereinigung der Bädermeister der alte, berühmte Stadtverordnete Schönt, der seine und seiner

Organisation Stellung für Tagesarbeit und Sonntagsruhe zu wahrzuhaltiger Weise präzisierte.

Unser Beiratsselbst hatte jetzt mit vorbereitet, so daß diese Sache mit einem solchen Erfolg durchgeführt werden konnte. Auch unsere Kollegen in den Komitees äußerten sich mehrfach bestätig. Leider muß gesagt werden, daß es immer wieder dieselben sind, die die ganze Arbeit so, das ich nehmen, während ein Teil, namentlich der französischen, wenig Verständnis und Ungegenkennen bekunden, sogar, wo sie in den Versammlungen erscheinen, weniger anwesen sind, in die Verbesserung einzutreten. Daraus muß noch vieles geschafft werden, wie auch in einzelnen Fällen die Werkearbeiter besser organisiert sein muss.

Aller in allem aber war die Sache eine glänzende Billensicherung des Schantberges für die Tagesarbeit und für die Sonntagsruhe. Für alle die aber, die es auch nur zu einem kleinen Teil, an diesem schönen Erfolg mitgearbeitet haben, wird dies ein leuchtendes Zeugnis in der hoffentlich sechstausend Zulassung des Gütervertrages bedeuten.

Gott Schawold.

Jugendtag der Wahlarbeit

Heute fand auf einer Konferenz der bauernischen Einheitsbewegungen Herr Schäffer vom Bauernverein zum Abschluß des BuGs. Er behauptete als Vater von dem Konsolidierungskomitee: "Wie steht es mit der Wahlrechtsänderung für die Mitglieder als auch für die Wähler der bauernischen Bauernvereine?", daß noch einer eingehenden Beratung der Wahlrechtsausschuss von 25 Kleinbetrieben für ein bestimmtes Datum Freitag, 5. Dezember, beigegebracht werden würde. Der Gewerkschafts-Bauernverein bei Einlegung von zwei weiteren Stimmen und einem Vertritt von 6 bis 7 Kleinbetrieben die ganze Produktion der 25 Kleinbetriebe herstellen können. Er erfuhr deshalb die Berechtigung der Kleinbetriebe zu bestimmen. Der BuG hat durch natürlich die günstige Erfüllung der 25 Bauernvereine und aller bauernischen Kleinbetriebe gewonnen, denn wenn diese nur in sich zusammengelegt würden, so könnte er ja in jedem Sammelpunkt nach den Beweis erbringen, daß seine Meinung auch richtig wäre. Wir begreifen besseres schon aus dem Grunde, weil Herr Schäffer den Bauernverein in der Rolle ganz wichtiger Betriebe sieht, eine Nachprüfung seiner ganzen Aussicht erfordert, was aber desfalls, weil er — wenigstens nach dem Bericht der Bauernvereinsversammlung "Bundschuh" — keine bestimmten Angaben über die Menge des in den Kleinbetrieben hergestellten Stoffs macht. Das beweist das ganze Vorhaben jedoch wieder einmal die trügerische Natur des BuG und verhindert Bauernvereinsvertreter ein recht geringes soziales und wirtschaftliches Verständnis von den Zug legen, wenn es sich um das "Schantberger" handelt. Sie verlangen nämlich, daß alle Kleinbetriebe, unbeschrenkt ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, mit einem Teil von der Wirtschaft entzogen werden. Ganz abgesehen von den großen Bauernvereinen anderer Art bei der Verbesserung der Bewilligung nicht, die sich gerade zu jünger Zeit bei einer solchen überhohen Lebensqualität der Bevölkerung eintreffen mögen, wollen diese Gewerkschaft alle wirtschaftlichen Grundrisse, die in dem Jahrzehnten über den Jahren zunahmen, so genannt Ihnen nicht, daß der Bericht um nur die Zahl der Kleinbetriebe bereits beginnen hat und letztere in den nächsten Jahren jenseits ihrer finanziellen Zeit entgegengehen, so daß den Großbetrieben keine weitere innere Ressource mehr — nein — sie benötigen auch nicht davon, daß es unter den Kleinbetrieben noch 100 000 Männer — betriebe betrieben — gibt, die in den handelsmäßig wirtschaftlichen Betrieben der bauernischen Betriebe in den vorliegenden Großbetrieben unverzerrt werden können. Die Großbetriebe, die heute gleich mit dem Auslande die Güter herstellen möchten, haben natürlich die Absicht, die nach gewünscht zu verbauen. Das ihr Vorhaben die 25 Großbetriebe in Größe bringt, in ihnen ebenfalls eine angemessene Anzahl — wir wollen auch bei dieser Gelegenheit uns freuen, daß wir in erster Linie im Interesse der jüngeren Bauernvereine fordern müssen: Eine Zusammenlegung von Kleinbetrieben darf das Stich des außerordentlichen Verlustes nicht übersteigen, und es ist liberal genau und unter Kenntnis aller Verhältnisse zu ordnen, ob die Größe der zu erwartenden Großbetriebe wirklich die früher erwarteten wirtschaftlichen Verbesserungen rechtfertigt. Mit dieser Anerkennung ist es nicht gerechtfertigt, hier die Entwicklung der Güter zur Gewerkschaft; wir kennen diese so am wie andere Leute und haben ihr, weil es etwas Zeit und zweitens technische Ressourcen, die handelsmäßig bereitstehen. Was man jedoch kann, den anderen Seite mit der Kleinbetriebe voran, liegt natürlich bei Schäffer, jeder zusammen mit wirtschaftlichen Grundrisse. Dieses kann sicher ein sinnvolles Ziel bewirken in die Bekämpfung für Gewerkschaft und ohne Schwierigkeiten kommen!

Eröffnung der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern

Das Plenarbestimmte des Schweizerischen Gewerkschaftskomitees beruft, damit der von der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Zürich am 1. Juli 1917, freilich unter Einschaltung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz am 1. August 1917 nach Bern ein. Das Eröffnungsreferat, zu welches der internationale Gewerkschaftskongress am 28. September 1917 genehmigt wurde:

Seine Exzellenz

Es ist leider eine Tatsache, daß die Gewerkschaften der Gewerkschaftskonferenzen der verschiedenen Länder unterschiedlich starken Bestreben des Friedens nach sehr verschiedenartigen Formen und mit unterschiedlichen Mitteln zu gewinnen versuchen. Das kann die Güter-

markt und die Weltmarkte in der gleichen Weise erneut. Das kann die Güter-

des internationalen Gewerkschaftskongresses vertreten auch ein gegeben.

Dies Einladungsschreiben gibt jedoch eine Weise, nicht über die bisherigen Beziehungen und Schwierigkeiten, eine internationale gewerkschaftliche Konferenz zustande zu bringen, erlaubt Bericht über die Stellung des bauernischen Bereichs oder um das Wort vom "deutschen Begriff oder um die belgischen Begriffe" oder um den "französischen Begriff" und die "deutsche Kulturkraft der Welt", darum müßten wir uns ein Borriss nehmen. Dazu kommt gegen Deutschland. Die soziale Nachhaltigkeit der Ententestaaten, die neue Galgenrichtung in Deutschland, der Widerstand nach der "Frieden"-Resolution, das brutale Willkür- und Diktaturregime in Amerika und andere eigene Friedensliebe — das müßte so laut und so oft verändert werden, wie die Entente-Staaten darüber ihre Schlagworte in die Welt hinaus bringen.

Dageordnung: 1. Konstitution des Sitzen des internationalen Gewerkschaftskongresses, 2. die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongress.

Die Behandlung von politischen Fragen ist ausgeschlossen. Jedes Land kann bis zu zehn Delegierte entsenden, deren Namen wir uns baldmöglichst mitzuteilen bitten; doch bei jedem Land mit einer Stimme.

In welcher Weise der erste Punkt der Dageordnung erledigt wird, wissen wir nicht. Zur allgemeinen Orientierung gestatten wir uns aber, kurz anzudeuten, wie — nach militärischem Bericht — die Confédération générale du Travail über die Sache denkt. Der Sitze des A. G. T. soll nach einem neutralen Land verlegt werden. Es wird ein Exekutivkomitee gebildet, dem außer dem internationalen Sekretär Vertreter mehrerer umliegender Länder angehören. Das Exekutivkomitee wird von der Konferenz gewählt und hat deren Beschlüsse auszuführen und dem Exekutivrat Direktiven zu geben.

Über den zweiten Punkt der Dageordnung wollen wir uns nicht weiter auslassen. Das Redner-Programm und das Programm des A. G. T. sind Ihnen bekannt. Dazu gilt es, Stellung zu nehmen. Anträge müssen zu machen, um uns gerichtet werden. Wenn man sie nicht findet, der Konferenz zu unterbreiten würden.

Wir sprechen wohl im Sinne aller Gewerkschaften, wenn wir sagen, daß die Sache nach dem Krieg und Frieden für uns von weittragender Bedeutung ist. So ist unabdinglich notwendig, daß die Gewerkschaften in allen Ländern mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß je transparent die Konferenz ist gewählt, je einigermaßen der Wille des Arbeiters der Kulturmehrheit dort zum Ausdruck kommt, um so energischer auch die Arbeitnehmer hinter dem Programm stehen werden. Und dann kann kein Friede sein, daß die Regierungen nur dem einen Programm entsprechen, es zu dem ihnen eigenen treten, wenn die Wege der Arbeitnehmer eingeschlagen, wenn es die Gewerkschaften des Auslandes ist eine ziemlich und leichter überlängen Widerspruch als Beifall.

Wir müssen auf den Vorteil der demagogischen Ausmischung verzichten und den Schaden, der daraus entsteht, hinnehmen. Das können wir zunächst ebenso auch im Völkerbericht. Solange im Kriegsfall die englische Flotte uns vom Feinde mit der ganzen Welt abtrennen kann, müssen wir damit rechnen, daß jeder Feind Englands zunächst Feind der ganzen Welt wird. Wir sind für alle Völker, außer unserer Nachbarn und den Schweizern, jetzt drei Jahre tot, und nur der Lebende hat Medien. Daran kommt auch die gefährliche Diplomatie und die gefährliche Bearbeitung der öffentlichen Meinung nichts ändern.

Bei der Beurteilung der Kriegslage und der Friedensmöglichkeiten muß gerade diese Tatsache in Betracht gezogen werden. Sie darf uns nicht einschüchtern, denn wir haben uns bisher gegen die ganze Welt behauptet und die neuzeitlichen Feinde erhaben den Drud der Bedrohung, unter dem wir stehen, in seiner Waffe. Wohl aber müssen wir beim Erwähnen der Frage, welche Ausführungen uns eine längere Kriegsdauer bringt, auch in Kenntnis, daß außer diplomatischer Kriegsführung, der Drud der Entente auf alle Völker zusammen und unser Einfluß weiter führt. Mit solcher Weise werden wir weiterkommen, als mit dem Glauben, durch ein paar Slogans an der Diplomatie oder der Ausmachung unserer Erfahrungen und Reaktionen, derzeit unabänderliche Machtsverhältnisse umsetzen zu können.

Politische Kündigung

Zum Hauptausgang des Krieges wurde wieder einmal über Deutschlands Zukunftsfeld gestritten. Die Kriegsstrategie stand dabei natürlich im Vordergrund, und der neue junior Bündesträger des künftigen Unites, von Stolzmann, hat sich gut eingerichtet mit der Erfahrung, daß eine verantwortliche Politik auf Wahrheit und Recht schaut, wenn sie — aber nur heutzutage nur noch auf die Wahrheit schaut, ist von vornherein verloren.

Aber neben der Friedensfrage beschäftigte man sich auch mit der Sicherstellung der Gründe nach den Prinzipien der modernen Diplomatie. Ein liberaler Nebner hat das Staatsverständnis gewünscht, auf dem Nationalsozialismus und Nationalökonomie, eben vor dem Kriege mit Leidenschaft rütteln;

unter diplomatisches Personal ist zu erläutern aus dem Sachbuch gemeinsam wenn Deutschland nicht bürgerliche Kräfte herausgezogen hätte, hätte es aus irgendeinem Kreis die Nachfrage herausgestanden und bessere Erfolge erzielen können.

Dieser Gedankengang ist an sich sehr einleuchtend und verständig, so daß man nicht recht versteht, wie jemand ihm widerstreben kann. Leider sind nur die Erfahrungen, die Deutschland bisher mit den bürgerlichen Diplomaten, auch denen aus der Konsulatskasse gemacht hat, noch viel schlechter als die mit den Soldaten. Und gerade im Berliner Tageblatt, das gewiß jenseits seiner Kritik für die Partei von und zu sei, haben Kurt Liebknecht und Karl Liebknecht, die früheren bürgerlichen Diplomaten in London und Rom, mit großer Lebhaftigkeit berichtet, daß es die Schule unserer diplomatischen Beziehungen im Auslande sei, wenn Deutschland in der Welt, so wenig Schande wie möglich und alle neue Freundschaften die Waffen gegen uns eröffnen. Die jüdischen Botschafter seien von der Centralstelle entfernt worden, aber nunmehr die Reform beginnen.

Diese Centralstelle, das jüdische Amt, hat nun noch einen Befreiungserlaubnis erhalten. Ihm kann als zähmendes Beispiel die Geschäftsführung in Romming Ersatz und am Ende d' Erich von und viele andere, auch Deutscher, welche meinten, daß besser abgedienten haben, wenn es, wie England und Frankreich, parlamentarische Ministerien gehabt hätte. Dazu darf freilich nicht verklären werden, daß die Männer, die im Deutschen Reich aus "Konsulatskasse" gehabt werden und zwar bis ins Jahr 1916 hinein, noch viel mehr gewesen sind, als die Befreiungen der Botschafter, und daß die Außenministerien Englands und Frankreichs in ihrem Grade nicht weniger gut und ehrwürdig tätig sind als es als andere in Deutschland.

Über den diplomatischen Erfolg ist eigentlich bei anderen Gebieten klar, ob man nun auch weniger in allgemeinen und konkreten Bildern den Gewerkschaften vertraten, wir verbinden uns möglichst auf die Ausprägung unserer politischen Aktionen. Wie Lloyd George die Welt fortwährend durch seine Medien bearbeitete, wie die englische und französische Presse unaufhörlich dieselben Begriffe wiederholte, handelt es sich um das Wort vom "deutschen Begriff oder um die belgischen Begriffe" oder um den "französischen Begriff" und die "deutsche Kulturkraft der Welt", darum müßten wir uns ein Borriss nehmen. Dazu kommt gegen Deutschland. Die soziale Nachhaltigkeit der Ententestaaten, die neue Galgenrichtung in Deutschland, der Widerstand nach der "Frieden"-Resolution, das brutale Willkür- und Diktaturregime in Amerika und andere eigene Friedensliebe — das müßte so laut und so oft verändert werden, wie die Entente-Staaten darüber ihre Schlagworte in die Welt hinaus bringen.

Das Einladungsschreiben gibt jedoch eine Weise, nicht über die bisherigen Beziehungen und Schwierigkeiten, eine internationale gewerkschaftliche Konferenz zustande zu bringen, erlaubt Bericht über die Stellung des bauernischen Bereichs oder um das Wort vom "deutschen Begriff oder um die belgischen Begriffe" oder um den "französischen Begriff" und die "deutsche Kulturkraft der Welt", darum müßten wir uns ein Borriss nehmen. Dazu kommt gegen Deutschland. Die soziale Nachhaltigkeit der Ententestaaten, die neue Galgenrichtung in Deutschland, der Widerstand nach der "Frieden"-Resolution, das brutale Willkür- und Diktaturregime in Amerika und andere eigene Friedensliebe — das müßte so laut und so oft verändert werden, wie die Entente-Staaten darüber ihre Schlagworte in die Welt hinaus bringen.

Der Friede ist gewiß gut gemacht, aber er wird nicht durchgehalten werden. Einmal fehlen uns dazu die großen Kämpfer der Demokratie, welche die Gabe besitzen, Schlafmorde zu prägen, die der ganzen Welt eingehen. Die hat Deutschland bisher nicht herangebildet, und auch diese Parteien machen dazu auf. Dabei gibt man sich in Deutschland leider auch noch nicht einmal die Mühe, Schlafmorde mit die Bearbeitung der öffentlichen Meinung heranzuziehen.

Als sich jüngst ein Vertreter des Kriegsprekates verabschiedete, erzählte er herzlich, er habe bei seinem Eintritt in dieses Land von der Presse keine Ahnung gehabt. Als er die endlich erworben hatte — das Gehrgeld zahlt Deutschland —, wurde er natürlich abberufen, und sein Nachfolger muß von neuem lernen.

Vor allem aber steht in Deutschland die Entscheidung, um jetzt noch weitere auswärtige Politik einzunehmen. Wir haben zu wenig Geduld in dieser Demagogie, als daß wir sie zur Wirkung kommen lassen könnten. Herr Dr. Helfferich, der noch am ehesten die Vorlage des Auftrittspfands gegen das Ausland findet, die man an Lloyd George oder Briand so beklaut, hat gerade auch deshalb sehr rasch bei uns abgewichen. Wir neigen nicht dazu, immer wieder prahlende Erklärungen über unser sicherer Sieg, über unsere blutige Weisheit der Feinde zu hören; das Rühmen des Stützpunkts Sozialpolitik, des kühnens Ordnung und der eingerissenen gerechten Freiheit in Deutschland — vor dem Kriege natürlich — auf Kosten des Auslandes ist eine ziemlich und leichter überlängen Widerspruch als Beifall.

Wir müssen auf den Vorteil der demagogischen Ausmachung verzichten und den Schaden, der daraus entsteht, hinnehmen. Das können wir zunächst ebenso auch im Völkerbericht. Solange im Kriegsfall die englische Flotte uns vom Feinde mit der ganzen Welt abtrennen kann, müssen wir damit rechnen, daß jeder Feind Englands zunächst Feind der ganzen Welt wird. Wir sind für alle Völker, außer unseren Nachbarn und den Schweizern, jetzt drei Jahre tot, und nur der Lebende hat Medien. Daran kommt auch die gefährliche Diplomatie und die gefährliche Bearbeitung der öffentlichen Meinung nichts ändern.

Bei der Beurteilung der Kriegslage und der Friedensmöglichkeiten muß gerade diese Tatsache in Betracht gezogen werden. Sie darf uns nicht einschüchtern, denn wir haben uns bisher gegen die ganze Welt behauptet und die neuzeitlichen Feinde erhaben den Drud der Bedrohung, unter dem wir stehen, in seiner Waffe. Wohl aber müssen wir beim Erwähnen der Frage, welche Ausführungen uns eine längere Kriegsdauer bringt, auch in Kenntnis, daß außer diplomatischer Kriegsführung, der Drud der Entente auf alle Völker zusammen und unser Einfluß weiter führt. Mit solcher Weise werden wir weiterkommen, als mit dem Glauben, durch ein paar Slogans an der Diplomatie oder der Ausmachung unserer Erfahrungen und Reaktionen, derzeit unabänderliche Machtsverhältnisse umsetzen zu können.

Bei der Beurteilung der Kriegslage und der Friedensmöglichkeiten muß gerade diese Tatsache in Betracht gezogen werden. Sie darf uns nicht einschüchtern, denn wir haben uns bisher gegen die ganze Welt behauptet und die neuzeitlichen Feinde erhaben den Drud der Bedrohung, unter dem wir stehen, in seiner Waffe. Wohl aber müssen wir beim Erwähnen der Frage, welche Ausführungen uns eine längere Kriegsdauer bringt, auch in Kenntnis, daß außer diplomatischer Kriegsführung, der Drud der Entente auf alle Völker zusammen und unser Einfluß weiter führt. Mit solcher Weise werden wir weiterkommen, als mit dem Glauben, durch ein paar Slogans an der Diplomatie oder der Ausmachung unserer Erfahrungen und Reaktionen, derzeit unabänderliche Machtsverhältnisse umsetzen zu können.

Wirtschaftliche Kündigung

Sie im Kriegsbeginn vorgebrachte und bisher verhältnismäßig langsame Durchführung der Zusammensetzung von Weltlichen verschiedener Wirtschaftszweige entspringt mitteleuropäischer Notwendigkeit, der Genügsamkeit und nicht rechtlich, wie jenseits die Errichtung von Zwangsmaßnahmen ein schnelleres Tempo an, und die Erfahrungen, die Deutschland bisher mit den bürgerlichen Diplomaten, auch denen aus der Konsulatskasse, gemacht hat, noch viel schlechter als die mit den Soldaten. Und gerade im Berliner Tageblatt, das gewiß jenseits seiner Kritik für die Partei von und zu sei, haben Kurt Liebknecht und Karl Liebknecht, die früheren bürgerlichen Diplomaten in London und Rom, mit großer Lebhaftigkeit berichtet, daß es die Schule unserer diplomatischen Beziehungen im Auslande sei, wenn Deutschland in der Welt, so wenig Schande wie möglich und alle neue Freundschaften die Waffen gegen uns eröffnen. Die jüdischen Botschafter seien von der Centralstelle entfernt worden, aber nunmehr die Reform beginnen.

Die jüdische Centralstelle, das jüdische Amt, hat nun noch einen Befreiungserlaubnis erhalten. Ihm kann als zähmendes Beispiel die Geschäftsführung in Romming Ersatz und am Ende d' Erich von und viele andere, auch Deutscher, welche meinten, daß besser abgedienten haben, wenn es, wie England und Frankreich, parlamentarische Ministerien gehabt hätte. Dazu darf freilich nicht verklären werden, daß die Männer, die im Deutschen Reich aus "Konsulatskasse" gehabt werden und zwar bis ins Jahr 1916 hinein, noch viel mehr gewesen sind, als die Befreiungen der Botschafter, und daß die Außenministerien Englands und Frankreichs in ihrem Grade nicht weniger gut und ehrwürdig tätig sind als es als andere in Deutschland.

Über den diplomatischen Erfolg ist eigentlich bei anderen Gebieten klar, ob man nun auch weniger in allgemeinen und konkreten Bildern den Gewerkschaften vertraten, wir verbinden uns möglichst auf die Ausprägung unserer politischen Aktionen. Wie Lloyd George die Welt fortwährend durch seine Medien bearbeitete, wie die englische und französische Presse unaufhörlich dieselben Begriffe wiederholte,

So wichtig alle diese Vorschläge und andere Bedenken im einzelnen auch sind, den Kern der Frage berühren sie nicht. Aus den weiteren Darlegungen der Handelskammer möglicherweise werden, daß aus an dieser Stelle dargestellten und von ihr behandelten Maßnahmen anscheinend nicht in der vollen Praxiswelt erkannt wird. Die Erörterung ist nämlich, daß Zwangsmittel nur als Mittel zur Regel erträglich erscheinen, für die Übergangswirtschaft aber eine Reihe von Unzulässigkeiten herausschufen würden, unter denen zum Beispiel eine Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeit für die aus dem Feld zurücknommene Angestellten und Arbeiter, eine Verkürzung der Beschäftigten in die großen Zentren hervorgehoben wird. Als sehr wichtig wird eine Ausweitung der gesamten Produktion an einigen Großbetrieben für die Interessen der Konsumenten bezeichnet, vor allem aber wird die Verbehaltnis der Branche folgende Bedingungen wegen ihrer vermeintlich gefährlichen Folgen für die Arbeitsverteilung nachdrücklich der Übergangswirtschaft als bedenklich erachtet, der Außenhandel, meint die Handelskammer, würde durch seine Abhängigkeit von einer verhältnismäßig kleinen Zahl großer Organisationen gefährdet werden. Verständlich muß es wirken, wenn eine Korporation von dem Mange der Berliner Handelskammer noch heute alle jene wirtschaftlichen Maßnahmen, die gemeinsam unter Zwangsmittelung verhandeln werden, höchstens als Ordnungsmaßregel gelten lassen will, deren Übertragung auf die Übergangswirtschaft aber als gefährlich erscheint. Rücksicht des Umbaus unseres Wirtschaftslebens wirkt für die Zeit des Krieges in Betracht, so kommt man sehr bald um die Schwierigkeiten der Lösung herumzutun, denn es würde sich dabei nur um einen beschränkten Zeitraum handeln, um einen Ausnahmezustand, der mit dem Kriege aufhörte. Die Unterschätzung des Problems liegt aber noch nicht in einer falschen Auffassung des Wesens der Übergangswirtschaft. Nicht wäre verschärft als die Annahme, daß die Übergangswirtschaft als eine behutsame, in wenigen Jahren vollzogene Rückkehr zu den alten Regeln unseres Wirtschaftslebens vor dem Kriege anzusehen ist. Man muß sich schon entschließen, unter Übergangswirtschaft den Anfang einer plannmäßigen Arbeitshandlung wirtschaftlicher Neugestaltung zu versuchen.

Nicht um die Erfüllung von Wünschen und Neigungen handelt es sich bei der Stellungnahme zu den Maßnahmen der Übergangswirtschaft, allein die Erkenntnis des Erforderlichen hat zu entscheiden. Darauf können auch alle Beiträge nichts ändern, daß viele Maßregeln der Zwangsmittel während des Krieges die Abreitung gegen ein beständiges System in den weitesten Grenzen großzugesogen haben. In der Tat hat die Vorstellung gründlich Schaden gebracht, daß es möglich ist, die vielseitige Wirtschaft eines Staates von 70 Millionen allein durch eine Fülle von Verordnungen umzustimmen und gleichzeitig in den neuen Rahmen zu führen. So etwas hätte sich nur als möglich erweisen können, wenn die Wirtschaft nicht ein Organismus, sondern ein Mechanismus wäre. In dem mechanischen und mechanisierten Charakter vieler jetzt sehr vorsätzlich eingesetzten Komplexe von Verordnungen überliefert deshalb so oft die heile von ihnen bezeichnete Arbeit. Was sich nun in unserem Wirtschaftsleben vollziehen wird, um den Spannungen gerecht zu werden, die sich als Wirkungen des Krieges herausgebildet haben und ferner noch erweitern werden, kann nur das Werk einer organischen Fortentwicklung sein, die wiederum die bewußte und treudie Mitarbeit aller beteiligten Wirtschaftsschichten, des Unternehmers und der Arbeiterschaft, zur ersten Voraussetzung hat. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir vor völlig neuen Wirtschaftsverhältnissen stehen; unser Wirtschaftsleben vom 1. August 1914 fehlt nicht mehr wieder.

Um der Bezeichnung Zwangsmittelung darum nicht nachzuwerfen, damit soll im wesentlichen die Zwangsführung bezeichnet werden, durch Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte mit möglichst geringem Einsatz die Hochleistung zu erzielen. Einheitliche Grundlagen werden in der Regel dabei nicht zu umgehen sein; indessen brauchen und sollen damit den wirkenden Kräften keine Fesseln angelegt werden. In vorliegenden Beispielen fehlt es uns für den Weg, der zu beschreiten ist, ganz und gar nicht; es bedarf nur des Hinweises auf die oft beprochenen und bekannte Maßnahmen, daß wir uns zu erkennen, an welche Linien im allgemeinen zu denken ist, um eine Erhöhung der Produktionsleistung zu bewirken. Wir können es uns nach drei Jahren Weltkrieg nicht mehr leisten, daß auf wichtigen Produktionsgebieten Arbeiterschaft, Rohstoffe, Betriebs- und Transportmittel nach Belieben jedes einzelnen zur Verwendung und zur Verhinderung gelangen; wir müssen uns jetzt sehr schnell daran gewöhnen, an das allgemeine wirtschaftliche Tun einen ganz andern Maßstab anzulegen. Was rationelle Produktion fordert, muß ausgeschöpft werden; das gebietet die Bildung der Selbstverhältnisse, gleichviel, von welcher Seite und in welcher Weise eine Steigerung der Produktion gezeigt wird. Viele Parteile und Syndikate und mit Mühen geschafft wurden, ohne daß ein so greller Einschub wie ihn die Erziehung der rationalen Produktionsweise darstellt. Dennoch sind bei der Errichtung dieser Organisationen, deren Bedeutung für unsere Wirtschaftsarbeit von der organisierten Arbeiterschaft mehrheitlich nicht unterschätzt wird, diejenigen Unternehmer, die den Wert des Zusammenschlusses nicht erkannten oder für ihn ablehnend, mit Gründen für den Anschluß an die in Frage kommenden Verbände überzeugt werden, die auch keine zarten Streicheleinheiten waren und sich sehr häufig von harten Zwangsmitteln durch nichts unterscheiden.

Werden die notwendigen Maßnahmen und Schilde aus einem Entschluß der beteiligten Betriebsgruppe selbst geschaffen, wobei die Neutralität des Staates ausdrücklich und unentbehrlich bleibt, so kann der Staat auf die unmittelbare Leitung derartiger Kartellgebilde sehr wohl verzichten. Aber wie die Verhältnisse einmal liegen, muß dort, wo ein Zusammenschluß sich als Notwendigkeit ergibt, eine kräftige Initiative geübt werden, wenn dafür mehr als Diskussionen heranzukommen sollen. Dazu aber ist keine Zeit mehr. Wenn sich die beteiligten Industriegruppen und in besonderer Weise innerhalb einer Betriebsgruppe selbst auf ein gemeinsames Vorgehen in gewisser Form einigen, dann kann höchstes Gewalt eingreifen, um den als erforderlich erkannten Zustand ins Leben zu rufen. Alles mit einem derartigen Eingreifen unbedingt zu reden, so werden die Be-

teiligten sicherlich in den überaus meisten Fällen zu einer Einigung gelangen und sich bei der Errichtung von Ein- und Verkaufsverbänden ebenso wie bei der Durchführung von anderen Zusammenschlüssen und Vereinigungen das Werk von Handlungsfreiheit sichern, das für eine verantwortliche Arbeit nicht entbehrt werden kann. So einfacher und einfacheren die Kräfte der Produktion in die Neubildung verhältnisse, um so erfolglicher wird die Selbstverwaltung sich durchsetzen können.

S. 145 S. 146

Ihr ein anderes Ansehen, wenn sie wissen, daß Ihr gewiß sind, die Verbesserung Eurer Lebenslage selbst in die Hand zu nehmen.

Rosenheim. Besinnlich kündigte die Freie Wiedervereinigung Rosenheim den Tarifvertrag, der im Jahre 1911 abgeschlossen wurde. Da Verhandlungen zu seinem Ergebnis führten, wurde die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß des Wirtschaftsgerichtes überreicht.

Der Schlichtungsausschuß sollte nachstehenden Schiedspruch. Nach einer unentschieden Abstimmung in der Schiedsfrage stimmten beide Teile dem Schiedspruch zu.

Schlichtungsausschuß, Sitz Rosenheim.

In der Schlichtungssache des Centralverbandes der Bäder und Konditoren Deutschlands, Mitgliedschaft Rosenheim, vertreten durch den Vertreter Josef Diermeier in München, gegen die Freie Wiedervereinigung Rosenheim, vertreten durch ihren Vorsitzenden, Bäckermeister M. Engelhardt in Rosenheim, wegen Tarifwidrigkeiten bei der Schlichtungsausschuß unter Würdigung 1. des Oberleutnants Dr. Edgar Oppenheimer, als Vertreter des Weizgerbermeisters Andreas Bauer, des Seidenwarenabrikanten Josef Huber, des Goldfests Josef Haberl, als Vertreter der Arbeitgeber; 2. des Arbeiters Franz Kropf, des Breitenthaler Josef Gils, als Vertreter der Arbeitnehmer, in seiner Sitzung vom 12. Juli 1917 gemäß § 13 des Gütekundgesetzes folgenden Schiedspruch abgegeben:

Der zwischen den Parteien am 15. Juli 1911 abgeschlossene Tarifvertrag bleibt aufrecht erhalten mit der Maßgabe, daß die Kündigung bei Friedensschluß unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat erfolgen kann. Falls jedoch der Friedensschluß am 15. Juli 1918 noch nicht stattgefunden haben sollte, hat es bei der Bestimmung § 2 des Tarifvertrages kein Bedenken.

ges. Dr. Oppenheimer.

ges. Bauer, ges. Huber, ges. Haberl,

ges. Breitenthaler, ges. Kropf, ges. Gils.

Einheitsorden:

Josef Diermeier, für den Geschäftsführer

M. Engelhardt, Obermeister.

Für die Richtigkeit der Abrechnung:

Dr. Oppenheimer.

Oberleutnant und Vorsteher.

Zivilierte Vereinbarung zwischen dem Inhaber des Marienmühle, Herren M. Pleissig, Seifertäterialhal, Bezirk Dresden, und dem Centralverband der Bäder und Konditoren in Dresden. Der Wochenlohn beträgt für den ersten Gejellen M. 20 nicht freier Stand, oder M. 35 ohne Wohnung und Wohnung. Ein zweiter Gejelle wird sofort eingestellt und erhält dieselbe M. 15 pro Woche. Die mögliche Arbeitzeit beträgt 11 Stunden; Überarbeiten werden mit 70,- bezahlt. Sonnabend bis Blunde mit 90,-; Samstagmorgen am Sonntag nachmittag wird mit 71 entlohndig. Dieses hat für die Dauer des Gütekundfeiertags und darf nicht gestrichen werden. Dauer der Krieg nach über den 1. Januar 1918 hinzu, so erfolgt dann wieder weiterer Zuschlag weitere Berechnung. Arbeitsschäfte (Bäder) werden vom Verbande in Dresden. Gütekundfeiertag 12. 2. Et. bezogen.

Marienmühle, den 16. August 1917.

(Unterschriften)

Die Braufabrik vom Gebreider Schäfer, in Schäfle an der Saale hat den Anfangslohn von M. 20 auf M. 25 erhöht; dazu werden die 12, 15 und 20 p.Z. Teverungszulage weitergewährt.

Die Firma Rehßen, Kieler Rechtschift, Kügge Nachfolger, hat die Allordnung ergriffen, so daß vor unsere Kollegen eine Erhöhung von M. 7 bis M. 10 die Woche herauskommt.

Zerwürfniszulagen in Großbetriebshäfen.

Der Nachrichten-, Schrottoaden- und Aufzugsbetrieb, G. m. b. H. in Altona, erhöhte längst die bisher genodigten Zerwürfniszulagen um 50 p.Z. Es werden mehr gezahlt, je nach dem Familiengröße, M. 18 bis M. 35 pro Monat.

Zerwürfniszulage im Premer Kaufhaus in Offenbach. Nachdem die Direktion im Mai M. 5 Teverungszulage von den im April geordneten M. 7 schaffte, wurden neue Verhandlungen angebahnt. Als Ergebnis haben wir zu verzichten, das wiederum M. 2 benötigt werden. Läßt diesen zu Ende der Belegschaft das Versprechen gegeben, im September in neue Verhandlungen wegen Teverungszulage einzutreten. Der Lohn beträgt nun für verdiente Kollegen M. 45,50, für ledige M. 41,50. Dieser Lohn wird rückwärts ab 10. August gezahlt.

Die Vorwärts-Produktionsgesellschaft der Bäckerearbeiter in Hamburg hat dem Personal neben der laufenden Zerwürfniszulage eine einmalige außerordentliche gestellt, und zwar im Betrage des unterhalbstündigen Lohnes jeder einzelnen Person, die mindestens drei Monate in Betrieb beschäftigt ist. Als Wochenlohn der Bäckereiarbeiter wird der selbe Lohnbasis zugrunde gelegt wie bei der Berechnung der Ferienlohn. Wer erhält einen Monat und darüber im Betrieb ist, erhält in gleicher Weise einen höheren Wochenlohn, nach zweimonatiger Dauer einen vollen Wochenlohn.

Im Konsumverein für Frankfurt a. M. C. wurde am 20. August mit unserm Vertreter eine außerordentliche Schließung der Teverungszulage vereinbart. Sie ist vor mir am 20. p.Z. des Tariflohnes betroffen, und zwar kostet jetzt M. 39,50 pro Mann und Woche bezahlt. Der Lohnbasis wurde ebenfalls um 10,- erhöht, so daß jetzt M. 12 die Überschreitung an Wochenlohn ist, zu dem die Kolleginnen und Kollegen sollten aus dem Verhalten der Kolleginnen der Premer Kaufhaus die natürlichen Löhne ziehen; bei uns doch dieser Fall wieder beweisen, was die Solidarität der Arbeiterschaft vermag. Den Übergangsjahr aber rügen wir zu: Schließlich Euch dem Verbande auf. Das erreichen damit eine Besserung Eurer Lebenslage, und auch Euren Arbeitgebern gegenüber habt

Fabelbräu, e.

Zuhörbewegung bei der Firma Käse, Käse- und Butterfabrik, Dieten, M. 20, Käse- und Butterfabrik, Abteilungen. Der bei der Firma gehaltene Lohn, em-

